Allgemeine Geschäftsbedingungen

Alexander-David Beck – WeBeckIT
Mitterhoferstraße 2/12, A-4690 Schwanenstadt

Stand: März 2026

Inhaltsübersicht

1. Allgemeines & Geltungsbereich
2. Vertragsabschluss & Angebote
3. Pflichten des Kunden
4. Entgelte & Zahlungsbedingungen
5. Preisänderungen
6. Widerrufsrecht
7. Aufrechnung, Zurückbehaltungsrecht & Rechnungseinwände
8. Gewährleistung & Haftung
9. Geheimhaltung
10. Datenschutz & Auftragsverarbeitung
11. Schlussbestimmungen

A. Hosting & Domains
B. Webentwicklung
C. Netzwerktechnik & Systemadministration
D. Backup & Datensicherungssysteme

Allgemeiner Teil

1. Allgemeines & Geltungsbereich

1) Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) gelten für alle Verträge zwischen Alexander-David Beck – WeBeckIT, Mitterhoferstraße 2/12, A-4690 Schwanenstadt (im Folgenden „Anbieter“) und dem Kunden (im Folgenden „Kunde“) über sämtliche vom Anbieter angebotenen Leistungen. Dies umfasst insbesondere Hosting- und Domain-Dienstleistungen, die Entwicklung von Webseiten sowie Leistungen im Bereich Netzwerktechnik, Systemadministration und Datensicherung.
2) Diese AGB gelten für alle gegenwärtigen und zukünftigen Leistungen des Anbieters, auch wenn bei Vertragsabschluss nicht ausdrücklich auf sie Bezug genommen wird.
3) Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Kunden werden nicht Vertragsbestandteil, es sei denn, der Anbieter stimmt ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zu.
4) Im Falle von Widersprüchen zwischen dem Allgemeinen Teil und dem Besonderen Teil dieser AGB gehen die Regelungen des Besonderen Teils vor.
5) Verbraucher im Sinne dieser AGB ist jede natürliche Person, die ein Rechtsgeschäft zu Zwecken abschließt, die überwiegend weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden können. Unternehmer ist jede natürliche oder juristische Person oder rechtsfähige Personengesellschaft, die bei Abschluss des Rechtsgeschäfts in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit handelt.

2. Vertragsabschluss & Angebote

1) Angebote des Anbieters sind freibleibend und unverbindlich, sofern sie nicht ausdrücklich als verbindlich bezeichnet sind.
2) Ein Vertrag kommt erst durch die schriftliche oder elektronische Auftragsbestätigung des Anbieters oder durch Beginn der Leistungserbringung zustande.
3) Der Leistungsumfang ergibt sich aus dem jeweiligen Angebot, der Auftragsbestätigung oder dem abgeschlossenen Einzelvertrag. Mündliche Nebenabreden bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der schriftlichen Bestätigung durch den Anbieter.
4) Änderungen oder Erweiterungen des vereinbarten Leistungsumfangs (sog. Change Requests) bedürfen einer gesonderten schriftlichen Vereinbarung und können zu einer Anpassung von Preis und Lieferzeitraum führen.

3. Pflichten des Kunden

1) Der Kunde ist verpflichtet, den Anbieter bei der Erbringung der vereinbarten Leistungen aktiv zu unterstützen, insbesondere durch rechtzeitige Bereitstellung aller erforderlichen Informationen, Zugangsdaten, Materialien und Freigaben.

2) Der Kunde hat dafür Sorge zu tragen, dass ihm überlassene Zugangsdaten vertraulich behandelt und vor dem Zugriff Dritter geschützt werden. Bei Verdacht auf Missbrauch oder unbefugten Zugriff ist der Anbieter unverzüglich zu informieren.

3) Der Kunde verpflichtet sich, die vom Anbieter bereitgestellten Dienste und Leistungen ausschließlich im Rahmen der geltenden Gesetze zu nutzen. Insbesondere ist es untersagt, rechtswidrige, pornografische, gewaltverherrlichende, rassistische oder sonstige jugendgefährdende Inhalte zu speichern, zu verarbeiten oder zu verbreiten.

4) Ebenfalls untersagt sind Handlungen, die geeignet sind, die Infrastruktur des Anbieters oder Dritter zu beeinträchtigen, insbesondere der Versand von Spam, der Betrieb von Schadsoftware oder die Durchführung von Angriffen auf IT-Systeme.

5) Unternehmer sind verpflichtet, erkennbare Mängel oder Störungen innerhalb von fünf Werktagen ab Kenntnis schriftlich oder per E-Mail zu melden. Unterbleibt die fristgerechte Anzeige, gelten die betreffenden Leistungen als ordnungsgemäß erbracht.

6) Der Kunde verpflichtet sich, die ihm vom Anbieter übermittelten Informationen – insbesondere Betriebsmitteilungen, Wartungsankündigungen und sicherheitsrelevante Hinweise – regelmäßig und zeitnah zur Kenntnis zu nehmen.

7) Bei Verstößen gegen diese Pflichten ist der Anbieter berechtigt, betroffene Leistungen unverzüglich einzuschränken oder den Vertrag fristlos zu kündigen. Der Kunde stellt den Anbieter von sämtlichen Ansprüchen Dritter frei, die aus einer vertragswidrigen Nutzung der Leistungen entstehen.

4. Entgelte & Zahlungsbedingungen

1) Die vom Kunden zu entrichtenden Entgelte richten sich nach dem jeweiligen Angebot, der Auftragsbestätigung, der aktuellen Preisliste oder dem abgeschlossenen Einzelvertrag.

2) Sofern nicht ausdrücklich anders vereinbart, sind Rechnungen nach Erhalt ohne Abzug fällig. Bei wiederkehrenden Leistungen (z. B. Hosting) sind Entgelte vor Beginn des jeweiligen Leistungszeitraums zu entrichten.

3) Zeitbasierte Leistungen (z. B. Stundensätze für Support, Administration oder Vor-Ort-Einsätze) werden nach dem aktuell gültigen Stundensatz abgerechnet. Jede angefangene Stunde wird vollständig in Rechnung gestellt.

4) Anfahrtszeiten zu Vor-Ort-Einsätzen werden ebenfalls nach dem gültigen Stundensatz berechnet. Die Anfahrt beginnt mit dem Verlassen des Betriebssitzes des Anbieters und endet mit dem Eintreffen beim Kunden; die Rückfahrt wird entsprechend berücksichtigt.

5) Zusätzliche Barauslagen (z. B. Fahrtkosten, Material, Fremdleistungen) werden dem Kunden nach tatsächlichem Aufwand in Rechnung gestellt.

6) Bei Zahlungsverzug ist der Anbieter berechtigt, gesetzliche Verzugszinsen zu verlangen. Diese betragen gegenüber Unternehmern 9,2 Prozentpunkte über dem jeweils geltenden Basiszinssatz gemäß § 456 UGB, gegenüber Verbrauchern 4 % p.a., sofern nicht individuell etwas anderes vereinbart wurde. Zusätzlich ist der Anbieter gemäß § 458 UGB berechtigt, einen Pauschalbetrag von 40,00 Euro für

Betreibungskosten zu fordern, ohne dass ein tatsächlicher Schaden nachgewiesen werden muss. Darüber hinaus hat der Kunde alle durch den Verzug entstandenen Mahn- und Inkassospesen zu ersetzen. Der Anbieter behält sich vor, bei ausstehendem Entgelt die Erbringung weiterer Leistungen bis zur vollständigen Zahlung auszusetzen.

7) Alle angegebenen Preise verstehen sich zuzüglich der jeweils gesetzlich gültigen Umsatzsteuer, sofern nicht ausdrücklich als Bruttopreis ausgewiesen.

5. Preisänderungen

1) Der Anbieter behält sich das Recht vor, die vereinbarten Entgelte anzupassen, sofern sich die der Kalkulation zugrunde liegenden externen Kosten ändern, die der Anbieter nicht selbst beeinflussen kann (z. B. Energiepreise, Rechenzentrums- oder Lizenzkosten, gesetzliche Abgaben).
2) Preisänderungen werden dem Kunden mindestens 30 Tage vor Inkrafttreten schriftlich oder per E-Mail mitgeteilt.
3) Preisänderungen sind nur zulässig, wenn sie nicht Leistungen betreffen, die innerhalb von zwei Monaten nach Vertragsabschluss erbracht werden.
4) Der Kunde hat bei einer Preiserhöhung das Recht, den betroffenen Vertrag zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung zu kündigen (§ 25 Abs. 3 TKG 2021). Dieses Kündigungsrecht besteht nicht bei Preissenkungen oder bei Anpassungen anhand eines vertraglich vereinbarten Index (z. B. Verbraucherpreisindex).
5) Etwaige dem Kunden gewährte Rabatte bleiben von allgemeinen Preissenkungen unberührt, sofern nicht ausdrücklich – bei Unternehmern schriftlich – etwas anderes vereinbart wurde.

6. Widerrufsrecht

1) Kunden, die Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes (KSchG) sind, haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen vom Vertrag zurückzutreten. Die Rücktrittsfrist beginnt mit dem Tag des Vertragsabschlusses.
2) Um das Rücktrittsrecht auszuüben, hat der Kunde den Anbieter mittels einer eindeutigen Erklärung (z. B. per E-Mail) über seinen Entschluss zum Rücktritt zu informieren.
3) Verlangt der Kunde ausdrücklich, dass der Anbieter mit der Leistungserbringung vor Ablauf der Rücktrittsfrist beginnt, erlischt das Rücktrittsrecht bei vollständiger Vertragserfüllung.
4) Im Falle eines wirksamen Rücktritts werden bereits geleistete Zahlungen erstattet, sofern die Leistung noch nicht vollständig erbracht wurde. Für bis zum Rücktritt erbrachte Teilleistungen kann ein anteiliges Entgelt verlangt werden.
5) Kein Widerrufsrecht besteht bei Leistungen, die aufgrund ihrer Beschaffenheit nicht für eine Rückgabe geeignet sind oder die auf ausdrücklichen Kundenwunsch individuell angefertigt wurden, sowie bei Domainregistrierungen (diese sind nach Registrierung nicht rückgängig zu machen).

7. Aufrechnung, Zurückbehaltungsrecht & Rechnungseinwände

1) Der Kunde darf Forderungen gegenüber dem Anbieter nur aufrechnen, wenn diese vom Anbieter schriftlich anerkannt oder rechtskräftig gerichtlich festgestellt wurden. Für Verbraucher gilt: Eine Aufrechnung ist zusätzlich zulässig, wenn der Anbieter zahlungsunfähig ist, die Gegenforderung in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Hauptforderung steht oder die Gegenforderung unbestritten ist.
2) Ein Zurückbehaltungsrecht steht dem Kunden nur zu, wenn es aus demselben Vertragsverhältnis herrührt und die zugrunde liegende Forderung unbestritten oder rechtskräftig festgestellt ist. Bei Unternehmern ist ein Zurückbehaltungsrecht ausgeschlossen. Gesetzlich zwingende Zurückbehaltungsrechte von Verbrauchern bleiben unberührt.
3) Einwendungen gegen Rechnungen sind vom Kunden schriftlich oder per E-Mail innerhalb von 30 Tagen ab Rechnungsdatum geltend zu machen. Erfolgt kein fristgerechter Widerspruch, gilt die Rechnung als anerkannt. Der Anbieter weist Verbraucher ausdrücklich auf diese Frist und die Rechtsfolgen ihrer Versäumung hin.
4) Lehnt der Anbieter die Einwendungen nach Prüfung als unbegründet ab, kann der Kunde binnen eines Monats nach Zugang der Ablehnung ein Schlichtungsverfahren bei der zuständigen Regulierungsbehörde einleiten. Ohne Schlichtungsverfahren ist der Rechtsweg binnen drei Monaten nach Zugang der Ablehnung zu beschreiten; anderenfalls erlischt das Recht zur Geltendmachung.

8. Gewährleistung & Haftung

1) Der Anbieter erbringt seine Leistungen mit der Sorgfalt eines ordentlichen Unternehmers. Er gewährleistet die ordnungsgemäße Erbringung der vertraglich vereinbarten Leistungen im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen.
2) Für Verbraucher gilt die gesetzliche Gewährleistungsfrist von 24 Monaten ab Erbringung der Leistung. Bei Unternehmern beträgt die Gewährleistungsfrist 6 Monate ab Erbringung bzw. Bereitstellung der Leistung.
3) Offensichtliche Mängel sind vom Kunden unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von fünf Werktagen nach Feststellung, schriftlich zu rügen. Bei Unternehmern gilt die nicht fristgerechte Mängelrüge als Genehmigung der Leistung.
4) Im Falle eines berechtigten Mangels wird der Anbieter nach seiner Wahl nachbessern oder Ersatz erbringen. Schlägt die Nachbesserung nach angemessener Frist fehl, kann der Kunde Minderung verlangen oder vom Vertrag zurücktreten.
5) Eine Haftung für Mängel, die auf unsachgemäße Nutzung, eigenmächtige Eingriffe des Kunden oder auf von Dritten erbrachte Leistungen zurückzuführen sind, ist ausgeschlossen.
6) Der Anbieter haftet unbeschränkt für Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.
7) Bei leicht fahrlässiger Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (Kardinalpflichten) ist die Haftung auf den vertragstypisch vorhersehbaren Schaden begrenzt. Im Übrigen ist die Haftung für leichte Fahrlässigkeit ausgeschlossen.

8) Die Haftung für mittelbare Schäden und Folgeschäden – insbesondere entgangener Gewinn, Betriebsunterbrechung oder Ansprüche Dritter – ist, soweit gesetzlich zulässig, ausgeschlossen.
9) Der Anbieter haftet nicht für Störungen, die durch Dritte, höhere Gewalt, Naturkatastrophen, behördliche Maßnahmen oder sonstige unvorhersehbare Ereignisse verursacht werden.
10) Schadenersatzansprüche verjähren nach den gesetzlichen Bestimmungen, spätestens jedoch innerhalb eines Jahres ab Kenntnis von Schaden und Schädiger – außer bei Verbraucherverträgen oder vorsätzlich verursachten Schäden.
11) Die gesetzlichen Gewährleistungsrechte von Verbrauchern bleiben durch die vorstehenden Regelungen unberührt.

9. Geheimhaltung

1) Beide Vertragsparteien verpflichten sich, alle im Rahmen der Zusammenarbeit erlangten vertraulichen Informationen, Geschäftsgeheimnisse und technischen Kenntnisse des jeweils anderen streng vertraulich zu behandeln und Dritten nicht zugänglich zu machen.
2) Diese Verpflichtung gilt nicht für Informationen, die allgemein bekannt sind oder ohne Verschulden des Empfängers allgemein bekannt werden; dem Empfänger bereits vor Vertragsabschluss ohne Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt waren; dem Empfänger von einem Dritten ohne Vertraulichkeitsverpflichtung mitgeteilt wurden; vom Empfänger nachweislich unabhängig entwickelt wurden; oder aufgrund einer rechtskräftigen behördlichen oder gerichtlichen Entscheidung offen zu legen sind.
3) Subunternehmer des Anbieters gelten nicht als Dritte im Sinne dieser Regelung, soweit sie einer inhaltlich gleichwertigen Geheimhaltungsverpflichtung unterliegen.
4) Die Geheimhaltungspflicht gilt über das Ende des Vertragsverhältnisses hinaus für einen Zeitraum von drei Jahren.

10. Datenschutz & Auftragsverarbeitung

1) Der Anbieter verarbeitet personenbezogene Daten des Kunden ausschließlich zur Durchführung des Vertragsverhältnisses und im Einklang mit den geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und dem österreichischen Datenschutzgesetz (DSG).
2) Nähere Informationen zur Verarbeitung personenbezogener Daten sind der Datenschutzerklärung des Anbieters zu entnehmen, die auf der Website des Anbieters abrufbar ist. https://webeckit.at/datenschutz
3) Soweit der Anbieter im Rahmen der Leistungserbringung personenbezogene Daten des Kunden im Auftrag verarbeitet (Auftragsverarbeitung gemäß Art. 28 DSGVO), verpflichten sich die Parteien, einen gesonderten Auftragsverarbeitungsvertrag (AVV) abzuschließen. Der Anbieter verarbeitet solche Daten ausschließlich auf dokumentierte Weisung des Kunden.
4) Der Kunde ist als Verantwortlicher im Sinne der DSGVO selbst für die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung personenbezogener Daten über die Systeme des Anbieters verantwortlich.

11. Schlussbestimmungen

1) Änderungen und Ergänzungen des Vertrags sowie dieser AGB bedürfen der Schriftform. Das gilt auch für die Aufhebung dieses Schriftformerfordernisses.
2) Sollten einzelne Bestimmungen dieser AGB ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, berührt dies die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht. Die unwirksame Bestimmung ist durch eine wirksame Regelung zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung am nächsten kommt.
3) Es gilt ausschließlich österreichisches Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts (CISG), auch wenn der Auftrag im Ausland durchgeführt wird.
4) Als ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit diesem Vertrag wird – soweit gesetzlich zulässig – das sachlich zuständige Gericht am Geschäftssitz des Anbieters vereinbart. Für Verbraucher gelten die gesetzlichen Zuständigkeitsregelungen.
5) Der Anbieter ist weder bereit noch verpflichtet, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teilzunehmen, sofern keine gesetzliche Verpflichtung hierzu besteht.